

VORWÄRTS

MARXISTISCHE ZEITUNG FÜR SJ, SPÖ & GEWERKSCHAFTEN

Nr. 22 1990 Preis 7,-

Solidaritätspreis 10,-

SOZIALISTISCHE OFFENSIVE
VORWÄRTS (SOV)
KAISERSTR. 14/11 1010 WIEN
TEL 0222324 83 10, FAX 824 83 11

Für eine sozialistische Politik

Vielen Arbeitern, Parteimitgliedern und Linken wird sich bei der Wahl am 7. Oktober die Frage stellen: Kann man diese SPÖ noch wählen? Ist es sinnvoll, nach einer Regierungsperiode, in der die SPÖ Sozialabbau und Privatisierung aktiv mitgetragen hat, ihr wieder die Stimme zu geben?

Eine SPÖ-Führung wählen, die in den letzten Jahren steigende Arbeitslosenzahlen einfach akzeptiert hat, die Ausländerfeindlichkeit hingenommen und sogar geschürt hat, anstatt an die am 1. Mai laut propagierte Internationale Solidarität zu appellieren? Die Parteispitze hat diese Politik nicht allein auf den Druck der Bürgerlichen betrieben, sondern bewußt versucht, die letzten Reste sozialistischer Ideen auszumerzen.

Für viele Genossen waren die Skandale, in die führende SPÖ-Politiker verwickelt waren, der ausschlaggebende Grund, aus der

Partei auszutreten. Die Fälle, wo sich Spitzenfunktionäre aus den Kassen gemeinnütziger Organisationen selbst bedienten, häuften sich. Besonders schmerzlich ist es, wenn ausgerechnet die Entwicklungshilfe- und Wohlfahrtsorganisation der SPÖ, die Volkshilfe, oder die Arbei-

terkammer betroffen sind. Im Fall der steirischen AK kann nur mehr von gemeinem Verrat an den Arbeitern gesprochen werden: Aus Geldern der AK wurde einfach ein Fond gebildet, aus dem sich Funktionäre und Organisationen (vermutlich auch die FPÖ) bereichern konnten.

Derart viele Fälle von Korruption können kein Zufall sein. Sie sind das Resultat einer verräterischen Politik der SPÖ-Führung. Die Parteispitze entfremdet sich in Theorie und Praxis immer weiter von der



Inhalt:

Frauenrecht.....	3
Krieg ums Öl.....	4
Leo Trotzki.....	6
KV-Verhandlungen.....	7
"3. Welt".....	8
Ausländer.....	10
Krise durch Marktwirtschaft...12	
Kampffond.....	13
Kulturfestival 90.....	14
KPD.....	15
Was wir wollen.....	16

EDITORIAL

Arbeiterklasse. Persönliche Bereicherung einiger Bonzen auf Kosten der Arbeiter sind nur ein Resultat davon. Die erwähnten Skandale und arbeiterfeindliche Politik können dazu führen, daß die SPÖ weiterhin an Stimmen verliert, vor allem in den sogenannten Kernwählerschichten, bei den Arbeitern.

Doch gerade die Arbeiter sind es, die die Folgen einer bürgerlichen Regierung im Falle einer SPÖ - Niederlage als erste zu spüren bekommen. Die SPÖ nicht zu wählen und sie damit in die Opposition zu drängen, kann für Sozialisten nicht die Alternative sein. Eine Kürzungspolitik, die eine FPÖ-ÖVP Koalition durchsetzen würde, wäre ein schwerer Rückschlag für die Rechte der Arbeiterschaft. Die Folge würde unter Umständen eine Demoralisierung der Arbeiterklasse sein, die lange Zeit brauchen könnte, um ihre Rechte zurückzuerkämpfen.

Viele enttäuschte Sozialisten hoffen darauf, daß sich die SPÖ in der Opposition erneuern und auf sozialistische Grundsätze besinnen könnte. Diese Möglichkeit ist unwahrscheinlich. Weder die Labour Party in England, noch die SPD in der BRD machten in der Opposition diese Entwicklung durch - im Gegenteil! Sie konnten sich mehr als bisher der Kontrolle durch die Arbeiter entziehen und wanderten weiter nach rechts während Kohl und vor allem Thatcher immer schärfere Attacken gegen die Grundrechte der arbeitenden Menschen ritten.

Verliert die SPÖ, so verliert die Arbeiterklasse. Deshalb ist jede Stimme für die SPÖ wichtig - keine Stimme für die Bürgerlichen! Doch SPÖ wählen allein genügt nicht. Baut mit uns einen starken marxistischen Flügel in der SPÖ auf. So können wir die Möglichkeit einer absoluten Mehrheit der SPÖ auf Grundlage eines sozialistischen Programms schaffen.

Andrea Koch SJ 10

Liebe Genossinnen! Liebe Genossen!

Angesichts des Sturzes des Stalinismus in Osteuropa einerseits und des noch anhaltenden Wirtschaftsaufschwungs im Westen andererseits versucht die Bürgerlichen uns wieder einmal zu beweisen, daß der Marxismus gescheitert und der Kapitalismus das System ist, daß uns "Frieden und Wohlstand" bringt. Dieser Wohlstand ist aber nur für einen ganz kleinen Teil der Bevölkerung gedacht. Heute lebt etwa 1 Fünftel aller Menschen in absoluter Armut und in den letzten Jahren kam es für 2 Drittel der Weltbevölkerung zu einem Absinken des Lebensstandards. Der momentane "Aufschwung" ist verbunden mit Arbeitslosigkeit, Verelendung, steigender Umweltverschmutzung und ständigem Sozialabbau. Und angesichts von Ölkrise und Dollarsturz, der immensen Verschuldung der USA und steigenden sozialen Spannungen in Ost und West ist es klar, daß der Kapitalismus nicht so krisenfrei ist, wie die Bürgerlichen behaupten. Die Opfer dieser Krisen sind aber nicht jene, die sie verursacht haben - nämlich die Unternehmer. Die Opfer dieser Krisen werden wir sein. Den wir sind von Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit und hohen Preisen betroffen!

Die nächsten Jahre werden riesige soziale und politische Bewegungen auf der ganzen Welt mit sich bringen. Bereits jetzt

gibt es in Großbritannien Massenkämpfe gegen die Poll-Tax, in Schweden gegen das Maßnahmenpaket der (sozialdemokratischen!) Regierung, in den USA einen Streik der Busfahrer mit etwa 500.000 Beteiligten und in Polen die Streiks der Eisenbahnarbeiter.

Viele diese Bewegungen sind gescheitert oder brachten nur Teilerfolge. Aber sie alle weisen darauf hin, daß es in den nächsten Jahren zu Massenbewegungen und Massenstreiks kommen wird.

Ob diese Bewegungen siegreich sein werden hängt vor allem davon ab, ob es eine sozialistische, kämpferische Führung gibt. Die Kämpfe des nächsten Jahrzehnts werden - angesichts der rasant fortschreitenden Umweltzerstörung - entscheidend für das Schicksal der Menschheit sein.

Helft mit, diese Kämpfe vorzubereiten und auszuführen. Helft mit beim Aufbau eines starken, marxistischen Massenflügels in SJ, SPÖ und Gewerkschaften.

Die Redaktion (Sept. 90)

Impressum

Eigentümer, Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich:
Andrea Koch
Grenzackerstr.19/9/4 1100 Wien
Druck: A. Riegel
Piaristeng. 19 1080 Wien
Erscheinungsort: Wien



FRAUE NRECHT



Die Frage der Abtreibung wird durch die Vereinigung von BRD und DDR wieder verstärkt in der Öffentlichkeit diskutiert.

In der Nach-DDR gilt die Fristenlösung (wie in Österreich), die den Schwangerschaftsabbruch bis zur 12. Woche ohne strafrechtliche Folgen erlaubt. In der BRD hingegen gilt die Indikationslösung (§ 218) - das bedeutet straffreie Abtreibung nur in Ausnahmefällen, nämlich bei Vergewaltigung, medizinischer und sozialer Indikation. Das Problem bei der sozialen Indikation ist jedoch, daß die Entscheidung darüber sehr subjektiv ist und nicht von der Frau selber gefällt werden kann.

Es stellt sich also die Frage, welches Gesetz in einem geeinten Deutschland gelten soll.

Im Entwurf für den Einigungsvertrag steht als Antwort auf diese Frage ein unterschiedliches Abtreibungsrecht für Frauen aus Ost und West als Übergangslösung. Das heißt, daß für die nächsten 2 Jahre alles so bleibt, wie es ist, bis die Verhandlungen weitergehen. Für westdeutsche Frauen soll auch weiterhin der § 218 gelten - egal wo sie abtreiben.

In Österreich wurde die Fristenlösung gegen heftigsten Widerstand seitens der konservativen Kräfte, insbesondere der katholischen Kirche und der "Aktion Leben" (Jugendgruppe: "Geborene für Ungeborene") 1975 zum Gesetz. Doch immer wieder kommen Angriffe gegen die Fristenlösung. Die ÖVP zum Beispiel fordert die Verankerung des Schutzes des ungeborenen Lebens in der Verfassung sowie die Trennung zwischen dem zwangsberatenden und dem durchführenden Arzt im Falle einer Abtreibung. Das alles sind nur erste Schritte, um den Frauen das Recht der Abtreibung zu nehmen. Man kann sich also auch vorstellen, daß, wären die Bürgerlichen allein an der Regierung, sie so schnell wie möglich die Fristenlösung abschaffen würden.

Frauen, die abtreiben und auch die durchführenden Ärzte werden oft als Mörder hingestellt. Die Bürgerlichen schwärmen von "den kleinen Wesen, die das Licht der Sonne nicht erblicken dürfen" und sprechen über Abtreibung als "Folter mit Todesfolge" und Massenmord. Die Propaganda vom Schutz des ungeborenen Lebens ist jedoch unglaublich, solange nicht einmal geborenes Leben geschützt wird. Denn wo ist die finanzielle Absicherung für ein Leben mit einem Kind? Wo sind genügend erschwingliche Wohnungen und kostenlosen Kindergartenplätze? Daran sieht man, daß die Propaganda der Bürgerlichen ein reaktionärer Vorwand für die Unterdrückung der Frau ist. Es geht um ein Hinausdrängen der Frau aus der Arbeitswelt und um eine Propagierung der "natürlichen Rolle" der Frau als Hausfrau und Mutter.

Denn es hat sich bewiesen, daß ein Verbot nicht zu einem Rückgang der Abtreibungen führt, sondern daß sich die Bedingungen dafür nur verschlimmern. In der Vergangenheit hat sich auch gezeigt, daß ein Paragraph für das Verbot der Abtreibung zu einem Klassenparagraphen wurde. Arbeiterfrauen konnten sich keinen medizinisch einwandfreien Schwangerschaftsabbruch leisten und landeten so bei Kurfürstern, was oft schwere Folgen (gesundheitlich wie rechtlich) und sogar den Tod der Frauen mit sich zog. Auf der anderen Seite konnten sich Frauen aus reichen Familien eine medizinisch fachgerechte Abtreibung leisten.

Natürlich ist ein Schwangerschaftsabbruch weder wünschenswert noch angenehm und es muß alles getan werden, um unerwünschte Schwangerschaften zu verhindern. Eine Verstärkung und Verbesserung der Sexualerziehung sowie Verhütungsmittel auf Krankenschein wären erste

Schritte.

Es muß jedoch immer die Möglichkeit offengelassen werden, sich auch noch für oder gegen ein Kind zu entscheiden, wenn die Frau schon schwanger ist. Und zwar ohne gesellschaftliche Kriminalisierung und Erschwerung für die Frau. Denn die Methoden zur Erschwerung der Abtreibung bedeuten gewollte Bestrafung der Frauen - nach dem Motto "Wenn sie schon abtreibt, soll es wenigstens (seelisch und körperlich) weh tun". Das sieht man auch bei der Debatte über das als Abtreibungsspiel bezeichnete Präparat RU 486, welches das gesundheitliche Risiko für Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen, verringert. Die Gegner des Präparats - natürlich aus konservativen Kreisen - sind für eine Beibehaltung der alten Abtreibungsmethoden, um es den Frauen möglichst schwer zu machen.

Schwangerschaftsabbruch auf Krankenschein, Anwendung der gefahr- und schmerzlosesten Methoden und Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen in allen öffentlichen Krankenhäusern müßten für jede Frau möglich sein.

Die Einschränkung des Rechts auf Abtreibung ist nur einer der Aspekte der Unterdrückung der Frau. Ihre Gleichberechtigung und Befreiung kann nur hergestellt werden durch eine sozialistische Bewegung, die offensiv für die Rechte der Frauen kämpft.

Claudia Sorger SJ 5

Krieg ums Öl

Als am 2.7.90 irakische Truppen die Grenze zu Kuwait überschritten und es besetzten, ging ein Aufschrei durch die Welt. Während die bürgerliche Presse verlaublich, daß der Diktator Hussein das demokratische (?) Kuwait annektiert hat, ja daß er ein "neuer Hitler" sei, sprechen manche sogenannte Linke von einem revolutionären Krieg und der "Befreiung" Kuwaits.

Aber bei einer näheren Betrachtung von Irak und Kuwait in Verbindung mit der Situation der Weltwirtschaft zeigt sich, daß es hier um Profitinteressen geht.

Kuwait

Kuwait, das "reichste Land der Welt" besitzt riesige Öl-vorkommen, die bei gleichbleibender Förderung noch 200 Jahre reichen würden. Das Land hat auch große Geldanlagen und Geschäftsbeteiligungen in der ganzen Welt - Schätzungen sprechen von 2 Billionen Schilling. 1/4 von Hoechst, 1/5 der westdeutschen "Metallgesellschaft", 18% von Daimler Benz und Anteile von 480 der wichtigsten amerikanischen Konzerne sind in kuwaitischer Hand. Der Lebensstandard der Kuwaitis entspricht etwa dem eines höheren österreichischen Managers. Außerdem zahlen die Kuwaitis keine Steuern, Gesundheitswesen, Schule und Uni sind frei. Wohnungen sind sehr billig und jeder Kuwaiti hat eine Arbeitsgarantie im Staatsdienst. Damit gehört die kuwaitische Arbeiterklasse sicher zu den privilegiertesten der Welt.

Kuwait scheint also das Paradies auf Erden - der Beweis für das Funktionieren des Kapitalismus?

Aber ein Paradies ist Kuwait für höchstens 40% der Bevöl-

kerung. Die restlichen 60% sind Ausländer. Sie können keinen Grund und Boden, keine Wohnungen und keine Häuser kaufen, sie können auch kein Geschäft aufmachen. Sie verdienen weniger als "echte Kuwaitis". Ein Chauffeur eines Ministeriums kommt auf etwa 80 kuwaitische Dinar (etwa 3000.-85), monatlich, ein Dienstmädchen nur auf 30. Für Gastarbeiter sind die Wohnungen teuer und hundertausende Arbeiter aus den ärmsten asiatischen Ländern (Indien, Pakistan, Bangladesh, Thailand) leben in Baracken. Auch mit der "Demokratie" ist es im Scheitern Kuwait nicht weit her gewesen. Ausländer dürfen sowieso nicht wählen, aber auch von den rund 650.000 Kuwaitis dürfen nur jene 60.000 wählen, die nachweisen können, daß ihre Familien seit 1920 in Kuwait leben. Allerdings wurde das Parlament 1986 vom Emir aufgelöst.

Obwohl Kuwait die Möglichkeiten hätte, allen Einwohnern einen hohen Lebensstandard zu gewährleisten, ist das nicht der Fall. Aber durch einen Einmarsch des Iraks werden weder demokratische Rechte, noch ein höherer Lebensstandard für die ärmere 60% der Bevölkerung erreicht.

Irak

Nach dem 8 Jahre dauernden Krieg zwischen dem Iran und dem Irak ist die irakische Wirtschaft ruiniert. Hinzu kommt



noch, daß durch den niedrigen Ölpreis die Einnahmen aus dem Ölexport von 1980-89 von 26 auf 14 Milliarden \$ zurückgingen. Es gibt im Irak Massenarbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit und Verelendung. Die Inflationsrate liegt offiziell bei 50%, aber Schätzungen sprechen von 300%. Zur Zeit laufen Zwangsrekrutierungen für die "Volksarmee". Der Irak hat ein Einparteiensystem und seit 1979 ist Saddam Hussein Staats-, Partei- und Regierungschef.

Die wirtschaftliche Lage hat sich durch den momentanen Ölpreisverfall noch weiter verschlechtert. Von etwa 20 \$ je Faß Anfang 1990 fiel der Preis bis Mitte April auf 14 \$. Das trägt auch nicht gerade dazu bei, die Schulden von 70 Milliarden \$ zu schmälern.

Auf der letzten OPEC-Konferenz forderten Irak, Iran und Libyen eine Anhebung des Ölpreises von 18 auf 25 \$ je Barrel. Beschlossen wurden aber lediglich 21 \$. Dann beschuldigte der Irak Kuwait, in den letzten 10 Jahren Rohöl für 2,4 Milliarden \$ aus einem Vorkommen im Grenzgebiet gestohlen zu haben. Die Weigerung Kuwaits zu zahlen, nahm der Irak als weiteren Vorwand zum Einmarsch.

UNO

Die UNO, an ihrer Spitze die USA, verurteilten den Einmarsch, verhängten eine Wirtschaftsblockade und schickten Truppen in den Golf. Das alles, um "Kuwait zu helfen", um die Welt "vor dem Diktator Hussein zu schützen", also aus purer Solidarität und Menschlichkeit.

Aber weder während des Iran-Irak-Krieges, bei dem etwa eine Million Menschen starben, noch als der Irak kurdische Dörfer

mit Giftgas bombardierte, war das Grund genug für ähnliche Maßnahmen. Die USA selbst überfielen Grenada und Panama, und Frankreich und die Sowjetunion haben jahrelang an den Waffenlieferungen für den Irak gut verdient. Der einzige Grund für das jetzige Eingreifen ist die Angst vor einer Destabilisierung der Lage im Golf und vor einem Steigen der Ölpreise.

Ölpreis

Der seit 1982 dauernde Wirtschaftsaufschwung wurde nicht zuletzt durch die niedrigen Rohstoff- (besonders Öl-) preise bis heute verlängert. Durch die politische Entwicklung am Golf ist der Ölpreis inzwischen auf über 30\$/Barrel gestiegen. Gleichzeitig kommt es zu einem Kursverfall an den internationalen Börsen und zu einem historischen Tief des Dollars.

Das zeigt, wie verflochten die internationale Wirtschaft ist. (z.B. In Österreich fürchtet man bereits den Rückgang der Konjunktur um 1%. Die Österreichische Industriellenvereinigung nützt die "zu erwartenden neuen Kostenschübe", um zu "maßvollen Lohnforderungen" aufzurufen. Dasselbe Argument wird auch bei wachsender Konjunktur gebracht!)

USA

Die USA befindet sich zur Zeit in einer äußerst schwierigen Lage. Einerseits muß sie alles tun, um den Ölpreis niedrig zu halten, andererseits erhöht die militärische Aktion das Staatsdefizit noch weiter. Laut Schätzungen wird das US-Haushaltsdefizit 1991 159 Milliarden \$ betragen - das sind 95 Milliarden über der für dieses Jahr gesetzlich festgelegten Höchstgrenze. Die "Operation Wüstenschild", wie die Truppenstationierung genannt wird, wird allein bis Ende September etwa 1,2 Milliarden \$ kosten. Allerdings hat die Golfkrise auch eine Atempause für Bush ge-

bracht. Er hat nun die Möglichkeit, unpopuläre Maßnahmen wie Steuererhöhungen (in seinem Wahlkampf versprach er, daß es keine Steuererhöhungen geben werde) durchzuführen. Etwa 60% der Amerikaner unterstützen laut Umfrage noch die Entsendung von Truppen in den Golf. Durch das Ausreiseverbot von US-Bürgern aus dem Irak hat Bush auch ein Argument für weitere Aufrüstungen. Denn in der Golfkrise gibt es 2 Hauptgewinner: Die Ölexporteure und die Rüstungsindustrie.



Ablenkungsmanöver

Für Hussein war die Intervention die einzige Möglichkeit, um von inneren Problemen abzulenken. Er erhoffte sich eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage durch die Übernahme der kuwaitischen Staatskasse. Nun versucht er, den arabischen Nationalismus mit der Illusion eines arabischen Reiches auf kapitalistischer Grundlage zu schüren. Er versucht, von der imperialistischen Aggression gegen Kuwait abzulenken, indem er nun den Kampf gegen die USA als höchstes Ziel aller Araber darstellt. Auch der USA und anderen westlichen Industrieländern dient die Ölkrise zum Ablenken von der eigenen Situation. Die US-Kapitalisten fürchten eine starke Wirtschaftskrise, die sogar von bürgerlichen Wirtschaftsexperten bereits vorausgesagt wird. Eine

Explosion der sozialen Spannungen in der USA würde zu unvorhersehbaren Bewegungen der Arbeiterklasse und anderer ausgebeuteter Schichten führen. Es ist fraglich, wie lange die US-Regierung die Golfkrise benützen kann, um von den sozialen und finanziellen Problemen abzulenken.

Aber über kurz oder lang wird das nicht mehr möglich sein. Bereits jetzt zeigen sich überall Zeichen einer Rezession.

Auch Österreich verdiente gut an Waffenlieferungen

Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und soziales Elend werden immer stärker und lassen sich nicht mehr länger vertuschen. Dieser Konflikt und der mögliche Krieg sind Sache der Herrschenden. Der US-Imperialismus und auch die herrschende arabische Oberschicht erwarten Vorteile. Es gibt kein nationales Interesse, es sind nicht die Interessen der Arbeiterschaft von USA und Irak, die hier verteidigt werden. Deshalb ist unsere Position als Marxisten klar: keine Unterstützung für die Machthaber im Irak und in ganz Nahost, keine Unterstützung für den US-Imperialismus und keine Illusionen in die Rolle der UNO!

Es ist die Aufgabe der internationalen Arbeiterorganisationen, die Notwendigkeit einer sozialen Revolution aufzuzeigen. Die Probleme der arabischen wie der internationalen Arbeiterklasse können nur von ihr selbst gelöst werden.

Sonja Grusch SJ 10

Leo Trotzki

Am 20.8.90. jährte es sich zum 50. Mal, daß der russische Revolutionär Leo Trotzki einem Agenten Stalins zum Opfer fiel.

Trotzki, der sich sowohl durch intellektuelle als auch durch praktische Fähigkeiten auszeichnete, gehörte sicherlich zu den hervorragendsten Persönlichkeiten in der Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts. Er war ein weitsichtiger marxistischer Theoretiker, Historiker, Schriftsteller, Analytiker, hervorragender Organisator und ein brillanter Redner.

Zeit seines Lebens vertrat er den revolutionären Marxismus - daher bekämpfte er nicht nur den Reformismus, sondern auch den Stalinismus. Leo Trotzki wurde am 26.(!) Oktober in der Ukraine geboren. Mit 17 schloß er sich einer revolutionären Vereinigung im zaristischen Rußland an und kam erstmals mit marxistischem Gedankengut in Berührung. Als Neunzehnjähriger verhaftet und verbannt, gelingt ihm 1902 die Flucht nach London, wo er Lenin traf.

In der Revolution von 1905 war er Vorsitzender des 1. Sowjets der Geschichte, in Petersburg. Auf die Niederschlagung der Revolution folgten nach neuerlicher Flucht bis 1917 Jahre der Verbannung, von denen er auch einige in Wien verbrachte. In der großen sozialistischen Oktoberrevolution von 1917 war Trotzki, neben Lenin, der wichtigste Führer. Nachdem er Volkskommissar für Äußeres war, gründete er bei Ausbruch des Bürgerkrieges die Rote Armee. Unter seinem Kommando errang die Rote Armee den Sieg über 21 ausländische Interventionsstruppen, die die Existenz des 1. Arbeiterstaates der Geschichte vernichten wollten. Aber nach siegreicher Beendigung des Bürger-

krieges war das Land völlig zerstört. Die Revolution ist in der Sowjetunion isoliert geblieben, und die Massen waren ermüdet. Die Arbeiter sind teilweise im Krieg umgekommen, auf das Land gezogen oder taten ihren Dienst in den Sowjetinstitutionen. Unter diesen Bedingungen schritt die Bürokratisierung des Landes rasch voran. Trotzki war, gemeinsam mit Lenin, einer der ersten, die in dieser Bürokratisierung und in Stalin große Gefahren sah. Nach Lenins Tod wurde er der führende Kopf der Linksoption gegen Stalin. Dieser isolierte Trotzki aber



solange in der Partei, bis es ihm gelang, ihn und die ganze Linksoption 1927 aus der Partei auszuschließen. Trotzki ließ sich aber nicht politisch kaltstellen und hielt seine Verbindungen zu den anderen Linksoptionellen von seinem Verbannungsort Alma-Ata aufrecht. 1929 wurde er schließlich des Landes verwiesen und verbrachte seine letzten Lebensjahre bis zu seiner Ermordung durch einen Agenten Stalins im ausländischen Exil. Dort setzte er seine politische Arbeit unerschütterlich fort.

Nach dem fast widerstandslosen Sieg des Faschismus in Deutschland, an dem die falsche Politik der Stalinisten mitschuld war, brach Trotzki auch organisatorisch mit den Stalinisten und

gründete mit seiner internationalen Anhängerschaft eine neue Internationale.

Trotzkis theoretische Fähigkeit, die marxistische Methode anzuwenden, drückt sich in seiner schöpferischen Weiterentwicklung des Marxismus aus. In seiner 1905 entwickelten Theorie der Permanenten Revolution kommt er zum Schluß, daß die Arbeiterklasse in einem rückständigen Land wie Rußland die Macht früher erobern wird, als im "modernen" Europa. Grund dafür ist die Unfähigkeit des Bürgertums, seine fortschrittlichen Aufgaben zu erfüllen, nämlich

die Abschaffung des Feudalismus und die Durchführung der Landreform. In diesen Ländern ist das Bürgertum zu schwach, zu korrupt und mit den Großgrundbesitzern verbunden. Daher muß die Arbeiterklasse in der Revolution die Initiative ergreifen. Einmal an der Macht, wird sie jedoch den bürgerlichen Rahmen der Revolution sprengen und zu sozialistischen Maßnahmen (Vergesellschaftung der Produktionsmittel) übergehen. Diese Theorie wurde 1917 von der Geschichte bestätigt.

In den 20er und 30er Jahren beschäftigte sich Trotzki vor allem mit Stalinismus und Faschismus. Seine Schriften über den Faschismus sind ein gewaltiges Zeugnis seiner Bemühungen für eine richtige Politik der

Arbeiterparteien. Er trat unablässig für eine Arbeitereinheitsfront von Kommunisten und Sozialisten zur Abwehr der Nazis ein. Die Stalinisten aber spalteten die Arbeiter, indem sie die Sozialdemokraten als "Sozialfaschisten" bezeichneten und als ihren Hauptfeind (!) darstellten. Diese verbrecherische Politik endete, wie Trotzki lange warnte, im Sieg der Nazis über beide Arbeiterparteien.

1936 schrieb er das Buch "Verraten Revolution", in dem er die Geschichte und die Perspektiven der Sowjetunion analysierte. Die wichtigste Aussage ist, daß die Sowjetunion eine zwischen Kapitalismus und Sozialismus steckengebliebene Übergangsgesellschaft ist. Um die Entwicklung zum Sozialismus zu ermöglichen, muß die Arbeiterklasse die stalinistische bürokratische Diktatur stürzen und durch eine wirkliche Arbeiterdemokratie ersetzen. Gerade heute, nach dem Sturz der stalinistischen Diktaturen in Osteuropa, haben Trotzkis Schriften an Aktualität gewonnen.

Jetzt, wo in Osteuropa die ersten Widerstände gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau auftreten, ist es wichtig, unter den Massen das Programm Trotzki's, das sowohl zu kapitalistischer Ausbeutung als auch zu stalinistischem Terror eine Alternative darstellt, bekannt zu machen.

David Mum SJ 23

Anlässlich des fünfzigsten Todestages von Leo Trotzki haben wir eine Broschüre zu Leben und Werk des russischen Marxisten erstellt. Im Mittelpunkt stehen dabei Auszüge aus seinen wichtigsten Schriften zu Österreich, Faschismus, permanente Revolution und Stalinismus. Dazu eine ausführliche Einleitung und jeweils kurze Erläuterungen zu seinen Theorien. Die Broschüre kostet 85 15,- und kann bei der Redaktion bestellt werden.

JETZT: Mehr Lohn 35-Stunden-Woche

Die herbstlichen Lohnverhandlungen der rund 200.000 Metallarbeiter sind nicht mehr weit entfernt. Im Sommer versuchten die Unternehmervertreter, die Lohnforderungen der Gewerkschaft schon im Vorhinein zu beschränken. Der Metallgewerkschaftsvorsitzende Nürnberger ist aber kein Garant für eine offensive Gewerkschaftspolitik.

Die MBE-Führung betont nur, daß die Wirtschaft eine ähnlich günstige Entwicklung nehmen wird wie letztes Jahr. Tatsächlich wird das Produktivitätswachstum heuer laut Wifo mit 5,8% praktisch unverändert bleiben, die Inflation dürfte laut einer Prognose für 1990 mit 3,2% stabil sein. Das Wirtschaftswachstum wird mit vorausgesagten 4,5% deutlich über den 3,8% des Vorjahres liegen. Falls es durch die Ölkrise nun zu einer Verringerung des Wachstums kommt werden die Unternehmer das wieder einmal als Argument für die Notwendigkeit von niedrigen KV-Abschlüssen bringen.

Nachdem die BRD-Metallarbeitergewerkschaft die 35-Stunden-Woche (zwar nicht sofort, aber doch) durchgesetzt hat, wird die Arbeitszeitverkürzung wieder ein Thema sein.

Die Unternehmervertreter lehnen aber bereits jetzt jede Forderung nach Arbeitszeitverkürzung oder kräftiger Lohnzuwächse ab. Das gängige Argument: Österreichs Wirtschaft verkraftet die Forderungen der Gewerkschaft nicht.

Da die Abschlüsse der Metaller maßgeblich für die weiteren Lohn- und Gehaltsverhandlungen sind, müssen wir besonders hellhörig sein. Und eines ist klar: Ohne Kampf geht nichts!

Was aber soll geschehen, um die Stärke der Gewerkschaft wirksam einzusetzen.

Zuerst müssen wir darauf drängen, daß die Gewerkschaft eine massive Kampagne startet, die Arbeiter und Angestellte über die Rolle der Unternehmer, über die Möglichkeit einer Arbeitszeitverkürzung und einer Lohnerhöhung informiert. Keine Verhandlungen hinter verschlossenen Türen! Der weitere Schritt führt in Richtung Öffentlichkeit. Mit Infoständen, Flugblattaktionen und Demonstrationen muß Stärke und Entschlossenheit gezeigt werden. Wenn die Gewerkschaftsführung diesen Weg ablehnt, hat sie ihren Namen nicht verdient.

Kamfaktionen, wie punktuelle oder flächendeckende Streiks, dürfen kein Tabuthema sein. Die Gewerkschaft hat die Pflicht, Initiativen zu ergreifen, die gegebene Organisationskraft der österreichischen Arbeiter zu nutzen. Wir fordern innergewerkschaftliche Demokratie, die Abschaffung aller Privilegien und Arbeiterlohn für Funktionäre. Eine kämpferische Politik des ÖGB ist ohne Änderung der Strukturen aber undenkbar.

Wir haben keine Illusionen in die bürokratische ÖGB-Führung. Aber die organisierte Arbeitergewerkschaft ist die einzige Kraft, um soziale Forderungen durchzusetzen. In diesem Sinne ist der Kampf um die Arbeitszeitverkürzung ein Prüfstein - nur kompromißloses Auftreten wird uns Erfolg bringen. Kämpft mit uns für eine sozialistische Politik des ÖGB!

Thomas Kerschbaum SJ10

"3. Welt"

Hunger ist kein Schicksal

Das Elend der sogenannten "3. Welt" betrifft zwei Drittel der Menschheit. Laut UNO-Schätzung leben mehr als eine Milliarde Menschen in absoluter Armut. Jeden Tag sterben 40.000 Kinder in unterentwickelten Ländern, deren Tod in vielen Fällen einfach verhindert werden könnte. Unter kapitalistischen Verhältnissen gab und gibt es für diese Menschen keinen Ausweg.

Aufgrund sozialer Unruhen waren die Kapitalisten nach dem 2. Weltkrieg gezwungen, ihre Kolonien größtenteils in die formelle Unabhängigkeit zu entlassen. Doch in Wirklichkeit blieb die Abhängigkeit, denn auf wirtschaftlicher Ebene wurde die Unterdrückung und Ausbeutung noch größer. Der Nachkriegsaufschwung, der für die Arbeiterklasse in den entwickelten Industrieländern eine gewisse Verbesserung der Lebensbedingungen zur Folge hatte, bedeutete für die Masse der Arbeiter und Bauern zusätzliches Elend.

Der Absatzmarkt in diesen Ländern ist begrenzt und das Verhältnis der Exportpreise zu den Importpreisen (terms of trade) verschlechtert sich ständig. Die Preise für Rohstoffe, die exportiert werden, sinken immer mehr (z.B. Kaffee), während hochwertige Technologie und andere Produkte teuer in den Industrieländern gekauft werden müssen. In Chile nahm der Gegenwert dessen, was das Land um Rohstoffe kaufen kann, zwischen 1950 und 70 um 11% ab. Der Lebensstandard sinkt so ständig und liegt heute in vielen Ländern niedriger als vor 20 bis 30 Jahren. Nach dem 2. Weltkrieg verlor der Kapitalismus an Macht

durch die Entwicklungen in Osteuropa, wo Großgrundbesitz und Kapitalismus abgeschafft wurden. Auch in der kolonialen Welt verlor der Imperialismus durch Aufstände und Befreiungsbewegungen an Einfluß, die es oft nicht bei der politischen Unabhängigkeit beließen. In mehreren Ländern, wie zum Beispiel China, Kuba, Vietnam und Angola wurden die Großgrundbesitzer enteignet, die Industrie verstaatlicht und die Planwirtschaft eingeführt. In Ländern wie Burma, Syrien, Südjemen und Äthiopien geschah dasselbe unter der Führung von putschenden Offizieren. Die sowjetische Bürokratie spielte in dieser Entwicklung meist eine bremsende Rolle. Erst nachdem Großgrundbesitz und Kapitalismus abgeschafft und schon deformierte Arbeiterstaaten entstanden waren, war sie bereit ihre Unterstützung zu gewähren. Die sowjetische Bürokratie hatte und hat kein Interesse an einer wirklichen Arbeiterdemokratie in den exkolonialen Staaten. Ein

solches Vorbild würde sofort Auswirkungen auf das Bewußtsein der Arbeiterklasse in den stalinistischen Staaten (und in der ganzen Welt) haben.

Während dieser Entwicklung sah sich der Imperialismus gezwungen, selbst so verrottete Elemente, wie z.B. die Contras in Nicaragua zu unterstützen. Das diente vor allem dazu, um die wirtschaftliche und politische Situation in diesen Ländern zu destabilisieren. Dies alles geschah unter der stillen Zustimmung der Sowjetunion.

Permanente Revolution

Der Prozeß der kolonialen Revolution läßt sich am besten an Hand der von Trotzky 1905 entwickelten Theorie der permanenten Revolution erklären. Die nationalen Bourgeoisien in der "3. Welt" sind eng verbunden mit dem westlichen Industriekapital und den Großgrundbesitzern und können keine fortschrittliche Rolle spielen. Sie haben kein Interesse, den Großgrundbesitz



Peru: Nach einer Demonstration gegen Preiserhöhungen

abzuschaffen und Landreformen durchzuführen, um die Situation der Bauern zu verbessern. Sie sind weder imstande, die Industrie weiterzuentwickeln, noch die Ausbildung der Bevölkerung voranzutreiben. Die Bauern sind nicht konzentriert genug und zu sehr mit Grund und Boden verhaftet, um eine führende Rolle in einer Revolution spielen zu können. Diese Rolle kann nur die Arbeiterklasse spielen. Nur sie kann in diesen Ländern die Aufgaben der bürgerlichen Revolution (Landreform, bürgerliche Demokratie) durchführen. Doch dabei kann sie nicht stehenbleiben, sondern muß weitergehen zur sozialistischen Revolution, die Nationalisierung der Industrie und Errichtung einer demokratischen Planwirtschaft bedeutet.

Die kleinbürgerliche Führung der Guerillabewegung in Kuba hatte nicht vor, Kapitalismus und Großgrundbesitz abzuschaffen. Doch nach dem Sturz der Diktatur war sie durch den Druck der Massen (Generalstreik in Havanna) dazu gezwungen. Dazu kam die Wirtschaftsblockade der USA, wodurch Castro gezwungen war, Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion einzugehen. In Kuba entstand kein demokratischer Arbeiterstaat, doch die Planwirtschaft bedeutete einen Fortschritt. Es gab enorme Fortschritte in Gesundheits- und Schulwesen, Arbeitslosigkeit und Armut wurden vermindert, das Industriewachstum betrug 7% bis weit in die 80er Jahre. Doch die Bürokratie stellt ein großes Hindernis für die Entwicklung der Wirtschaft dar und die Situation wird durch die abnehmende Hilfe der Sowjetunion verschärft. Die Widersprüche in der Wirtschaft wachsen an und die Bürokratie hat Schritte in Richtung Kapitalismus zugelassen (z.B. daß der Anteil von ausländischem Kapital auf 49% gehen darf).

Deformierte Arbeiterstaaten

Auch von Teilen der Intelli-

genz und den Offizieren in Ländern der Kolonialwelt gab es Bewegungen, da diese nicht länger vom Imperialismus abhängig sein wollten. Durch Guerillakampf oder Militärputsch kamen sie an die Macht, weil sie Reformen versprochen. In Syrien und Äthiopien wurden diese Offiziere durch den Druck der Massen gezwungen weiterzugehen als sie beabsichtigt hatten, nämlich die Landreform durchzuführen und den Kapitalismus abzuschaffen. Diese so entstandenen Staaten können aber nicht als sozialistisch bezeichnet werden, sondern sind auf Grund des Fehlens jeglicher demokratischer Kontrolle durch die Arbeiterklasse deformierte Arbeiterstaaten. Über die verstaatlichte Industrie herrscht eine abgehobene Bürokratie mit ausgeprägtem sozialem Eigeninteresse.

tionen) führt(e) oft dazu, daß enttäuschte kleinbürgerliche Schichten oder ungeduldige städtische Jugendliche eine Lösung im Guerillakrieg suchen. Die Guerillaführung benützt die Arbeiterklasse und ihre Methoden (Streiks, Fabriksbesetzungen, Demonstrationen...) nur als Hilfsfront. Wegen ihrer falschen Orientierung sind Guerillaorganisationen nur in Ausnahmefällen und nach jahrzehntelangen Kämpfen und Umwegen (wie in Cuba) beim Sturz des Kapitalismus erfolgreich gewesen. Und selbst dann entstehen höchstens bürokratisch deformierte Arbeiterstaaten, die eine zweite, politische Revolution notwendig machen.

Zukunft

Viele Krankheiten, an denen



Auch die Weltbank macht Gewinne auf Kosten der "3. Welt"

Staatseigentum an Produktionsmittel, Planwirtschaft und Außenhandelsmonopol sind zwar ein gewaltiger historischer Fortschritt, der eine gewisse wirtschaftliche Entwicklung in diesen Ländern erst möglich gemacht hat. Doch die Gesellschaft in diesen Ländern kann sich letztlich nur dann weiterentwickeln, wenn die Bürokratie durch die Arbeiter gestürzt wird.

Guerillakampf

Das Versagen der Führung der Arbeiterklasse (bzw. der stalinistischen oder reformistischen Führung in den Arbeiterorganisa-

Menschen in unterentwickelten Ländern zugrunde gehen, könnten mit 85 10,- pro Kopf geheilt werden. Ein Bruchteil der Rüstungsausgaben eines Monats wären genug, um Medikamente in ausreichender Menge bereitzustellen. Doch der Kapitalismus funktioniert nicht nach Angebot und Nachfrage (des realen Bedarfs), sondern auf Grundlage der Anarchie des Marktes. Der IWF verordnet als Finanzpolizist des internationalen Kapitals den "3. Welt"-Ländern eine harte Sparpolitik, durch Importbeschränkungen, Exporterhöhungen und Preiserhöhungen bei gleichzeitigen Lohnsenkungen. Dazu kommen noch Inflation und sin-

kende Rohstoffpreise.

Der Sprecher der Weltbank charakterisiert die Perspektive für die 90er Jahre folgendermaßen: "Die Probleme der 3. Welt könnten gelöst werden wenn es jährlich eine 5.1%ige Wachstumsrate gäbe. Dazu müssten aber riesige Investitionen getätigt werden. Wenn es keine Verbesserung der Lage bis 2000 gibt, hat der Kapitalismus versagt." - Es

ist keine Frage, daß es unmöglich ist, eine Wachstumsrate zu erreichen, die selbst die BRD in den letzten Jahren nicht hatte. Die Superausbeutung wird weiter intensiviert und der Kapitalismus kann absolut keine Lösung anbieten, weil sie für sein "Funktionieren" notwendig ist.

Hunger, Elend, Armut und Ausbeutung sind nicht Schicksal,

sondern haben konkrete soziale Ursachen. Die Klassenherrschaft und Unterdrückung zu bekämpfen, ist die einzige Alternative, auch für die Arbeiter der Industriestaaten. Sozialistische Politik heißt: internationale Zusammenarbeit der Arbeiterklasse um das Ziel einer sozialistischen Gesellschaft zu erkämpfen.

Claudia Sorger SJ 5

Gemeinsamer Kampf mit Ausländern

In den letzten Wochen und Monaten sind ausländerfeindliche Parolen wieder häufig zu hören gewesen. Vor allem in der SPÖ haben sich die Zentralsekretäre Cap und Marizzi mit ihrer plumphen "Das Boot ist voll" Parole hervorgetan.

Sie machen kräftig mit bei der Trennung Ausländer - Inländer. Was kommt als nächstes? Die gewollte Spaltung Männer - Frauen? Oder wieder einmal Arbeiter - Angestellte?

Dies alles sind nur Mittel der Bürgerlichen die Arbeitnehmer von ihren wahren Feinden abzulenken. Ihre Devise heißt "Spalte und Herrsche". Und die SPÖ Führung mischt kräftig mit.

Arbeitslosigkeit

Von bürgerlicher Seite wird gerne behauptet, die Ausländer würden den Inländern die Arbeitsplätze wegnehmen, und ohne Ausländer würde es auch keine Arbeitslosigkeit geben. Doch die Unternehmer sind an einer gewissen Arbeitslosigkeit durchaus interessiert da ihnen das quasi eine Reservearmee von Arbeitskräften bietet und somit die Preise auf dem Arbeitsmarkt niedrig hält. Sie haben immer den Vorteil, daß sie nicht an den Arbeitnehmer gebunden sind. Wenn ihnen ein Arbeitnehmer nicht paßt, können sie immer

damit drohen, daß es ja genügend gibt, die die Stelle dankend nehmen würden.

Die Aussage, daß Arbeitslosigkeit in direktem Zusammenhang mit Ausländerbeschäftigung steht, so wie es etwa Jörg Haider behauptet, ist grundfalsch. 1973 waren in Österreich 226.800 ausländische Arbeitskräfte beschäftigt, daß sind 8,5 % aller Beschäftigten (mehr als jemals zuvor oder danach). Trotzdem betrug die Arbeitslosigkeit in diesem Jahr nur 1,2%, die niedrigste seit 1945.

Doch seit der Wirtschaftskrise Mitte der 70er Jahre liegt der Anteil der Ausländer an den Arbeitslosen immer höher als der der Inländer. Die ausländischen Kollegen sind also nicht die Verursacher sondern die ersten Opfer der Arbeitslosigkeit

"Sozialschmarotzer"

Ausländer müssen genau die gleichen Abgaben wie Österreicher zahlen. Sie bekommen aber nicht alle Sozialleistungen. Sie bezahlen mit den Sozialabgaben die Wohnbausteuer mit - haben aber keinen Anspruch auf eine Gemeindewohnung. Zwischen 1974 und 1986 haben die ausländischen Arbeitnehmer 2,1 Milliarden Schilling mehr in den Sozialtopf eingezahlt, als sie wieder zurückbekommen haben.

Das Einkommen ausländischer Arbeitnehmer liegt im Durchschnitt weit unter dem von Österreichern. Die Mieten die ausländische Arbeitnehmer bezahlen müssen sind (ohne Werksund Hausmeisterwohnungen) doppelt so hoch wie die, die Inländer bezahlen (Quadratmeterpreise). Wer aber keine Wohnung hat, bekommt keine Beschäftigungsbewilligung. Angesichts dieser Beispiele zeigt sich ganz klar, daß, entgegen aller Behauptungen unsere ausländischen Kollegen alles andere als "Sozialschmarotzer" sind!

Menschen sind gekommen

Ende der 60er Jahre gab es in



Unternehmer machen Profite durch billige Schwarzarbeit

Mittleuropa einen starken Bedarf nach Arbeitskräften, ausgelöst durch das Wirtschaftswachstum, aber auch durch erkämpfte sozial Maßnahmen, wie verlängerte Schulpflicht, verlängerte Mindesturlaube, Arbeitszeitverkürzung,... In den Herkunftsländern der "Gastarbeiter" wurden eigene Anwerbestellen eingerichtet. Die Bundeswirtschaftskammer hat zumindest bis 1988 in Istanbul ein solches Büro gehabt.

Die Unternehmer der mitteleuropäischen Länder wollten gesunde, kräftige, junge Männer, die man beliebig wieder in ihre Heimat abschieben kann, wenn der Wirtschaftsaufschwung vorbei ist.

Anfangs wollten die "Gastarbeiter" auch nichts weiter, als sich in Österreich eine Grundlage für einen gewissen Lebensstandard zu Hause zu schaffen. Doch als sie dann immer länger in den Gastländern blieben, bekamen sie hier ihre Freunde, ihre Familie, vielleicht sogar ihre Kinder. Für sie war nun Österreich Heimat. Und die "Gastarbeiter" der 2. Generation überhaupt noch als solche zu bezeichnen, wäre sowieso vermessenes. Sie sind genauso hier geboren und aufgewachsen wie wir.

Wahlrecht

Ausländische Arbeitskräfte wohnen in Österreich, arbeiten in Österreich und zahlen ihre Steuern in Österreich. Wählen dürfen sie nicht in Österreich. Es ist wohl ein Grundrecht, das man niemand verwehren kann, in einem Land wo man lebt, auch Einfluß auf die politische Entwicklung des Landes zu nehmen.

"Wahlrecht für alle in Bezirk und Gemeinde" lautet die Parole der Jungen Generation in der SPÖ. Warum so passiv, Genossen? Unsere Kollegen sollen genauso wie wir darüber entscheiden können, ob die rassistischen Parolen eines HJ (Haider Jörg)

mit Parlamentssitzen belohnt werden sollen, oder ob Waldheim wieder Bundespräsident werden soll. Daher fordern wir Wahlrecht auf allen Ebenen für unsere ausländischen Kollegen.



Ausländische Frauen haben meist noch schlechtere Arbeitsbedingungen

Der Hauptfeind steht im eigenen Land

Ausländische Arbeiter haben genau die gleichen Probleme wie Österreicherische. Sie wollen soziale Absicherung, einen höheren Lebensstandard, Arbeitszeitverkürzung.... Doch haben alle gemeinsam einen Gegner: die Unternehmer. Die Bosse wollen, daß wir möglichst viel für möglichst wenig Geld arbeiten, wir wollen das Gegenteil. Wir - das sind Ausländer und Inländer gemeinsam.

Es ist genug Geld für uns alle da. Aber es verschwindet (noch) in den Taschen der Meins und Mautner - Markhofs dieser Erde. Das Geld ist vorhanden um zum Beispiel Sozialprojekte zu finanzieren. Aber die Herren in den Chefetagen werden sie nicht freiwillig finanzieren. Wir lassen uns nicht länger spalten - wir haben das gleiche Interesse: Kampf dem Kapital!

Hoch die internationale Solidarität!

Michael Bonvalot SJ 5

Fortsetzung von Seite 15

wären im Vergleich dazu radikal. Von der sozialen Zusammensetzung her hätte die KPÖ dann wahrscheinlich auch nichts mehr mit einer Arbeiterorganisation (im Gegensatz zur SPÖ) zu tun. Eine solche Organisation wäre also aus marxistischer Sicht absolut überflüssig.

Einen relativ starken Faktor stellen in der KPÖ nach wie vor die alten "Hardliner"-Stalinisten dar. Meist ältere Genossen, die oft große persönliche Opfer für das was sie für sozialistisch hielten, gebracht haben. Sie waren es aber auch, die durch ihre Politik für Zustand und Entwicklung der KPÖ in hohem Maße mitverantwortlich sind. Viele von ihnen verschließen einfach die Augen vor den realen Entwicklungen und sehen in jeder Kritik noch immer einen reaktionären Anschlag. Durch ihre zahlenmäßige Stärke und ein gewisses Prestige sind sie nach wie vor ein wichtiger Faktor in der Partei.

Doch wäre es völlig falsch zu behaupten, in der KPÖ würde es nur Rechts-Reformer und Alt-Stalinisten geben. Zwar ist noch keine einheitliche marxistische Strömung vorhanden, doch sind immer wieder einzelne Genossinnen anzutreffen, die an die revolutionären Traditionen der KPÖ anknüpfen wollen. Sie wollen klar mit dem Stalinismus brechen und sehen gleichzeitig nach wie vor die reale Möglichkeit und Notwendigkeit einer sozialistischen Gesellschaftsordnung. Wir sind zwar der Auffassung, daß im Kampf für dieses Ziel letztlich kein Weg an der SPÖ vorbeiführt. Das bedeutet für uns aber nicht, daß wir mit diesen GenossInnen nichts zu tun haben wollen - im Gegenteil. Wir streben mit allen marxistischen Kräften in der KPÖ eine enge Zusammenarbeit an, um gemeinsam gegen Kapitalismus und Stalinismus zu kämpfen.

John Evers SJ 5

Krise durch Marktwirtschaft

Ende 1989 wurden die Stalinisten von den Völkern Osteuropas an die Wand gedrückt. Da es zu dieser Zeit keine Kräfte gab, die die Vorteile einer demokratischen Planwirtschaft aufzeigten, schlug die Bewegung in Richtung Marktwirtschaft um.

Doch längst hat die anfängliche Begeisterung Ernüchterung Platz gemacht. Statt billigem Zugriff auf erhoffte Konsumgüter sehen sich die Leute nun Preissteigerungen, rapid ansteigender Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsrückgängen gegenüber.

DDR

In der DDR werden pro Woche 40.000 Menschen arbeitslos. Anfang August waren es schon 828.000. Insgesamt sind an die 4 Millionen Arbeitnehmer von Arbeitslosigkeit betroffen. Sozialministerin Hildebrandt ließ verlautbaren, daß jeder dritte DDR-Betrieb nicht überlebensfähig sei, daß man 50 % der Arbeitskräfte entbehren könne und daß jetzt schon 30 % der Firmen zahlungsunfähig sind. Alles in allem düstere Aussichten unter marktwirtschaftlichen Verhältnissen. Im Juni ging die Warenproduktion in der DDR um 15,1 % zurück. Trotz der Massenentlassungen sank die Produktivität pro Kopf um 3 %. Auch die Ausfuhren gingen um 5 % zurück. Trotzdem stapeln sich überall die DDR-Produkte, da der ganze Markt mit BRD-Überschußwaren überschwemmt wird. In den ersten 10 Julitagen nahm z.B. im Bezirk

Brandenburg der Handel von 875 Tonnen angebotenem DDR-Fleisch lediglich 175 Tonnen ab.

Kein Wunder, daß ein jubelnder Aufbruch in die Privatwirtschaft ausblieb. Jeder 2. DDR-Bürger ist mit dem Verlauf der Wiedervereinigung unzufrieden. Die Ostbürger haben sich die Einführung der Marktwirtschaft wahrlich anders vorgestellt. Die Produkte des täglichen Bedarfs gibt es in der DDR nur zu Wucherpreisen. Hier einige Schlagzeilen von DDR-Zeitungen: "400% Preisaufschlag", "Wucher im Lebensmittelhandel", "Preise außer Kontrolle".... 1 kg Salz kostet in der DDR fast 3 mal so viel wie in der BRD!

Die tiefe Unzufriedenheit in der Gesellschaft hat sich schon in einigen Protestaktionen ausgedrückt. So demonstrierten am 17.8. tausende Arbeiter in Ostberlin gegen den völligen Zusammenbruch des Marktes für inländische Agrarprodukte. Am 10.5. brachten zehntausende Arbeiter in Warnstreiks und Protestversammlungen ihre Sorge

um soziale Sicherheit zum Ausdruck. Bauern blockierten Grenzübergänge, in der Textil- und Schuhindustrie gab es Streiks gegen die Westimporte. Schon 2 Wochen nach der Währungsunion demonstrierten 60.000 vor der Volkskammer. Die Wut war so groß, daß die Demonstranten die Bannmeile durchbrachen. Bauern leerten ihre Milch auf die Straße. Am Mittwoch, den 15.8.90, demonstrierten 250.000 Bauern gegen die Agrarpolitik. Kurz danach wurde Landwirtschaftsminister Peter Pollack entlassen.

Angesichts der schwarzen Aussichten für die Zukunft ist es sehr fraglich, ob sich die Wiedervereiniger beim Ausmaß der Strapazierung des Volkes nicht doch verrechnet haben.

Ungarn

Auch in Ungarn haben die marktwirtschaftlichen Reformen bis jetzt nur Verschlechterungen gebracht. Nur noch 15 % der Verbraucherpreise unterliegen



Die Regale sind zwar voll - aber die Geldbörsen leer!

zentralen Richtlinien. Ein minimaler Lebensstandard ist nur durch Doppel oder Dreifacharbeit haltbar. Wegen der ungesunden, billigen Ernährung treten vermehrt Herz-Kreislaufkrankungen auf. Alkoholisierung und Selbstmord sind andere tragische Folgen der Preisexplosion.

Seit dem 1.8. müssen die Magyaren für Kohle, Gas, Elektrizität und Fernwärme um 30 % mehr zahlen. Tabakwaren und Spirituosen werden um 25 % teurer. Die Inflationsrate ist bereits auf 25 % geklettert und die Verschuldung beträgt 1800 \$ pro Kopf. Und trotz aller Behauptungen über die angebliche Wirtschaftshilfe des Westens machen die ausländischen Investitionen nur 1 % des gesamten Industrievermögens aus.

Polen

Auch aus Polen kommen nur Horrormeldungen über das Los der Bevölkerung. Die Preise für solche "Luxusgüter" wie Gas, Zentralheizung und warmes Wasser sollen um 100 %, für Elektrizität sowie Posttarife um 60 % und die Fernsehgebühren um 50 % verteuert werden. Die Verschuldung des Landes stieg zwischen 1981 und '89 von 25,9 auf 41,4 Milliarden \$.

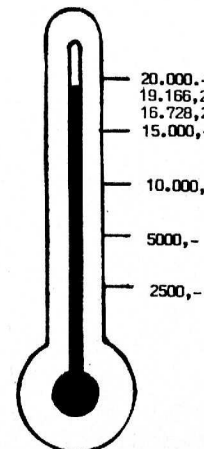
In der Solidarnosc ist man sich über die politische Linie auch nicht mehr einig. So gründete Macowiecki die "ROAD" (Bürgerbewegung für demokratische Aktion), während Walesa, der für viel schnellere "Reformen" eintritt, die sogenannte Zentrumsallianz ins Leben rief. Doch egal, wer von beiden sich letztendlich durchsetzen wird, so vertreten doch beide Gruppierungen dasselbe Programm. Lediglich über das Tempo der Änderungen ist man sich uneinig. Daß die marktwirtschaftlichen Reformen aber bis jetzt nur Verschlechterungen gebracht haben, gibt ihnen nicht zu denken.

Alles, was die neuen Regierungen zusammengebracht haben, war, das alte System zu zersetzen und mehr oder weniger funktionsun-

tauglich zu machen. Doch eine funktionierende Marktwirtschaft ist damit noch nicht aufgebaut. Da sich die Unterstützung aus dem Westen in engen Grenzen hält, ist es praktisch unmöglich, daß sich das Los der Völker Osteuropas unter marktwirtschaftlichen Verhältnissen bald verbessern wird.

Es ist notwendig, die stalinistischen Regimes in Osteuropa zu beseitigen. Aber wenn die nicht funktionierenden bürokratischen Planwirtschaften durch genauso wenig funktionierende Marktwirtschaft ersetzt werden, dann bedeutet das nur eine weitere Verschlechterung des Lebensstandards. Osteuropa wird für die Kapitalisten zu einem billigen Rohstofflieferanten und eventuell zu billigen Produktionsstätten. Aber eigenständige kapitalistische Länder wie z.B. die BRD werden sie nicht werden. Die Marktwirtschaft ist nicht in der Lage, die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Das könnte nur gewährleistet werden durch eine demokratische Planwirtschaft - das heißt eine Planwirtschaft, die sich nach den Bedürfnissen der Menschen nach sozialer Absicherung, Arbeitszeitverkürzung, guten Wohnungen und einem entsprechenden Lebensstandard orientiert.)

David Mum SJ 23



KAMPFFOND

Nachdem die AZ nun endgültig abgetreten ist, verschwindet auch die letzte Erinnerung an die einstige Medienmacht der SPÖ. Das Schicksal dieser Zeitung ist direktes Resultat der Politik der Parteiführung in der Vergangenheit. In dem Maße wie sich die Politik der Parteigranden von der Wähler- und Mitgliederbasis entfernte und bürgerlichen Konzepten anpaßte, wurde auch ein eigenes Medium überflüssig. Ein Zentralorgan einer sozialistischen Partei muß ein Propagandamittel sein, das auf Grundlage der bestehenden Probleme sozialistische Alternativen aufzeigt. Mitglieder und Funktionäre würden eine solche Zeitung als "ihre" Zeitung auffassen, ein Mittel um andere Arbeiter zu erreichen. Das war die AZ schon lange nicht mehr - deshalb mußte sie sterben.

Wir haben uns das Ziel gesetzt mit unserer Zeitung zu dem zu werden, was die AZ einmal war. Ein solches Vorhaben kann und soll nicht mit der Hilfe seitens der Parteiführung oder gar irgendwelcher Unternehmer (z.B. durch Inserate) verwirklicht werden. Wir können alleine durch die Unterstützung aus der Arbeiterbewegung existieren. Wichtigste Unterstützung und Gradmesser für uns, ist neben der aktiven finanziellen Mithilfe.

Bei unserer Trotzki-Gedenkveranstaltung bekamen wir insgesamt 900.-, auf der "European Housewarming Party" über 700.-. Als Einzelspenden seien hier nur Bettina Wolf, Ulli Sefelin und Thomas Pluher mit je 100. erwähnt. Insgesamt erhielten wir in den letzten 8 Wochen 2.439, womit wir unser Ziel von 20.000.- fast erreicht haben. Keine Frage! Gute Zeiten für Vorwärts Gute Zeiten für eine neue sozialistische Arbeiterzeitung.



In der ersten Juliwoche '90 fand in Wien und in Budapest die sogenannte "European Housewarming Party" statt. Rund 1000 Jugendliche aus Ost- und Westeuropa waren zusammengekommen, um "Einander kennenzulernen".

Aus Westeuropa kamen Mitglieder einiger sozialistischer Jugendorganisationen, aus Osteuropa Mitglieder von stalinistischen Parteien, aber auch von Oppositionsgruppen. Es hätte genügend Themen gegeben, aber nur selten sind Diskussionen zustande gekommen. Jene, die an politischer Arbeit interessiert waren, sind enttäuscht worden. In Wien gab es zwar jeden Vormittag 3 "politische Workshops" mit mehr oder weniger interessanten Themen und Referenten. Innerhalb der verschiedenen Delegationen scheint das Festival aber überhaupt nicht diskutiert worden zu sein. In Wien beschränkte sich die Information auf eine unaufdringliche Informationsstafel und Lautsprecherdurchsagen.

Natürlich strömt die Jugend nicht von selbst ohne weiters zu politischen Veranstaltungen. Aber sich auf ein "allgemeines politisches Desinteresse" bei Jugendlichen auszuweisen, ist wohl doch etwas einfach. Immerhin sind diese Jugendlichen alle Mitglieder einer politischen Organisation und somit grundsätzlich bereit, auch politisch aktiv zu sein. Aber wer auf diesem Festival politisches Infomaterial wollte, mußte lange suchen. Die Wiener SJ machte an einem einzigen Abend einen Infotisch, der nicht allzu üppig bestückt war. Die ausländischen Delegationen hatten überhaupt kein Infomaterial dabei. VORWÄRTS-Unterstützer betreuten einen Büchertisch, der auf reges Interesse stieß. Die Veranstaltung von VORWÄRTS "Stoppt die Rechten" war mit rund 30 Teil-

nehmern nach dem "Round Table of Europe" die, am zweitbesten besuchte Veranstaltung.

Auch am Abend war es nicht leicht, mit Mitgliedern der anderen Delegationen zu diskutieren. Im großen Zelt, dem einzig möglichen Aufenthaltsort, spielten den ganzen Abend irgendwelche Bands. Jedenfalls kamen die persönlichen Diskussionen unter den Delegationen zu kurz. Bierzeltromantik, während über die Leiden des palästinensischen Volkes in der Intifada berichtet wird, ist beschämend.

Die Getränkepreise im großen Zelt waren nicht nur für die Besucher aus Osteuropa geradezu unerschwinglich. Hier wäre eine andere - als private Lösung - anzuraten gewesen. Aber im Gegensatz zu Budapest war das Festival in Wien fast hochpolitisch. Vieles von der Organisation in Budapest deutet auf die fehlende Kommunikationsbereitschaft der ungarischen Veranstalter hin.

Die BIT (Überparteiliche Jugendorganisation Budapests) sagt z.B. "Ja zur Privatisierung" - ein Punkt, der bei vielen SJlern einen unangenehmen Nachgeschmack hinterließ. Vor allem, weil es in Budapest eigentlich keine Möglichkeit gab, derartige Dinge zu diskutieren. Der BIT gelang es hervorragend, das Festival in Budapest - mit Ausnahme einer Podiumsdiskussion gänzlich unpolitisch zu halten.

Unterstützt wurde dies noch dadurch, daß man Teilnehmer aus

anderen Ländern nur zufällig beim Essen zu Gesicht bekam. Weder die SJ-Wien, noch die BIT haben die Chancen, die ein derartiges Festival bietet, genutzt. Die Möglichkeit, mit Jugendlichen aus Osteuropa zu diskutieren - ihnen unsere Sicht der Nachteile der Marktwirtschaft zu zeigen und über andere Wege zu diskutieren. Die Möglichkeit, den Jugendlichen aus Westeuropa zu zeigen, daß die stalinistischen Systeme kein Sozialismus sind - und gemeinsam zu diskutieren, wie Sozialismus wirklich aussehen soll. Die Möglichkeit, Wiens Jugendliche zu politisieren, indem man sich das Festival in die Öffentlichkeit stellt. Angesichts der zunehmenden Kämpfe in Ost und West gegen Arbeitslosigkeit, Privatisierung und Kürzung der Sozialleistungen ist es unbedingt notwendig, die sozialistische Jugendbewegung wieder als schlagkräftige Organisation aufzubauen. Dazu gehört natürlich die theoretische Schulung, um die Frustration der linken Jugend zu überwinden.

Das wäre die Aufgabe eines solchen Festivals gewesen - es bleibt zu hoffen, daß zukünftige Veranstaltungen endlich wieder dieser Verantwortung, eine sozialistische Alternative aufzuzeigen, gerecht werden.

Sonja Grusch SJ10

HOUSE-WARMING DELEGATE

NAME

CLAUDIA SORGER

COUNTRY & ORGANISATION

AUSTRIA SJ 5

1. - 7. JULY 1990

EUROPEAN

PARTY

KPÖ Wohin?

Der Zusammenbruch des Stalinismus in Osteuropa hat bei großen Teilen der "Linken" zu Resignation, ja manchmal sogar zu Kapitulation vor der bürgerlichen Propaganda geführt. Die KPÖ ist von diesen Entwicklungen besonders stark betroffen. Welche Perspektiven hat diese Partei und haben vor allem die marxistischen Kräfte in ihr?

Die Gründung der KPÖ war eine Reaktion auf die verräterische Rolle der SDAP-Führung während des ersten Weltkriegs. Zusammen mit der marxistischen Opposition in der Sozialdemokratie repräsentierte die KP Anfang der 20er Jahre die besten und revolutionären Traditionen der österreichischen Arbeiterbewegung. Doch der Aufstieg und Sieg des Stalinismus in der Sowjetunion Mitte der 20er bis Anfang der 30er Jahre machte auch vor der kommunistischen Internationalen nicht halt, deren österreichische Sektion die KP war. Überall auf der Welt, auch in Österreich, wurden die kommunistischen Parteien "gesäubert" und alles auf die neue (antimarxistische) Linie Stalins eingeschwenkt. Kritik, die vor allem von vielen Revolutionären "der ersten Stunde" kam, wurde brutal (auch mit physischer Gewalt) unterdrückt. Die KPÖ war von nun an keine revolutionäre Kampfpartei mehr, sondern eine außenpolitische Agentur Moskaus. Bis Ende der 80er Jahre wurde jeder Schwenk mitvollzogen (Sozialfaschismuslüge, Volksfrontvertrag, Hitler-Stalinpakt, von Stalin zu Chruschtschow zu Breschnew zu Gorbis...). Traurige Höhepunkte in der Entwicklung der KPÖ nach ihrem Bruch mit dem Marxismus stellen wohl die Mitgründung der zweiten (bürgerlichen) Republik und ihre Haltung zu DDR 53, Ungarn 56, CSSR 68,

Polen 81 und sogar teilweise China 89 dar. Theoretisch wie praktisch setzte man nicht mehr auf die Arbeiterklasse, die eine sozialistische Gesellschaft erkämpfen soll (Volksfront und "antimonopolistische" Bündnis-konzepte).

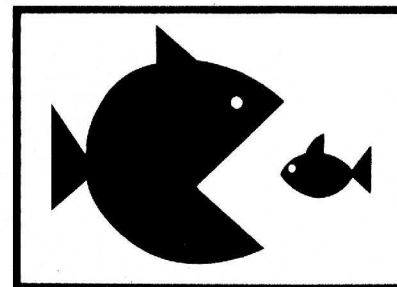
Diese fatale Politik der KP-Führung war und ist gemeinsam mit der Dominanz der SPÖ verantwortlich für Zustand und Schwäche der KPÖ.

Im Herbst/Winter 89 wurde in vielen Ländern Osteuropas der Stalinismus hinweggefegt bzw. in seinen Grundfesten tief erschüttert. Die "Bruder-KPs", von den Massenbewegungen als Parasitenparteien entlarvt, brachen zusammen. Ihrer Rolle entsprechend war auch der Wandel der meisten Bürokraten: Von strammen "Realsozialisten" zu radikalen Marktwirtschaftlern (DDR-CDU, Jelzin, jetzt auch Gorbatschow...) oder "bestenfalls" Mitte-Rechts-Sozialdemokraten. Für die Parteiführung war es angesichts dieser Entwicklungen völlig unmöglich weiter auf der alten Linie zu beharren (obwohl sie es bis zuletzt versuchte). Ein zaghafter Diskussionsanstoß von oben (nach Muhris Sturz) löste ein enormes Echo in der Partei-

basis, besonders der (spärlich vorhandenen) Jugendorganisation aus.

Die neue Parteiführung hat Kurs auf einen Rechtsschwenk genommen. Ihre Hauptstütze dabei ist die Verwirrung, ja sogar Verzweiflung, die bei vielen Mitgliedern und Funktionären derzeit vorherrscht. Silbermayer und Sohn gehen vom alten Dogma aus, daß im "Osten" zumindest eine Art von Sozialismus gescheitert ist. Sie kapitulieren im Grunde genommen vor der bürgerlichen Propaganda, befürworten eine Art "sozialistischer Marktwirtschaft" (?) mit verschiedenen "gleichberechtigten Eigentumsformen" (Silbermayer). Ziel dieses Flügels ist es unter Schlagwörtern wie bunt, intellektuell, links, ökologisch, antirassistisch... eine möglichst breit angelegte neue Bewegung zu bilden. Ansprechpartner sollen dabei allerlei Grünbewegte, Studenten, Radikaldemokraten, Künstler...sein. In der Realität wäre eine solche Organisation von ihrer Programmatik her bestenfalls linkssozialdemokratisch (ähnlich wie große Teile der Grünen), SJ und teilweise sogar SPÖ-Programme

Fortsetzung auf Seite 11



KPÖ für Österreich.

Anti-EG-Aufkleber der KPÖ: Nationalistische Propaganda

WAS WIR WOLLEN

LIEBE GENOSSEN/INNEN

Diese Forderungen sind nur ein kurzer Auszug aus unserem Programm. Jede der Übergangsforderungen ist für sich betrachtet notwendig; die Gesamtheit der Forderungen können wir aber nur durchsetzen, wenn wir das kapitalistische System überwinden. Wenn Ihr Anregungen oder Kritik an uns habt, schreibt uns, wir werden jede solidarische Kritik gerne diskutieren.

SOZIALISTISCHE PARTEI

* Alle Funktionäre müssen jederzeit wähl- und abwählbar sein und kein Parteifunktionär darf mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn. Schluß mit Privilegien für Parteifunktionäre - sie müssen wissen, wen sie vertreten!

* Die SPÖ muß durch konsequente sozialistische Politik zeigen, wen sie vertritt - die arbeitende Bevölkerung!

JUGENDARBEITSLOSIGKEIT

* Wir fordern einen garantierten Ausbildungsplatz für jede/n!

* Ausbildung muß aus der Unternehmerhand genommen werden. Wir sind für die Einrichtung überbetrieblicher Ausbildungsstätten, die von den Gewerkschaften geleitet werden. Für die Finanzierung der Ausbildung soll der Profit der Unternehmer dienen.

BILDUNG

* Wir fordern kostenlose Bildung für alle und den Ausbau der Möglichkeiten für alle Lohnabhängigen, sich bei voller Lohnfortzahlung weiterzubilden. Besondere Bedeutung soll die gewerkschaftliche Ausbildung erhalten!

* Für die Abschaffung des dualen Bildungssystems, keine Trennung zwischen berufsbildenden und allgemeinbildenden Schulen!

ARBEITSZEITVERKÜRZUNG UND NEUE TECHNOLOGIEN

* Die neuen Technologien müssen zugunsten der arbeitenden Bevölkerung eingesetzt werden und nicht zugunsten des Kapitals - für einen systematischen und planvollen Einsatz von Computern und Robotern mit dem Ziel, die Wochenarbeitszeit auf ein Minimum zu senken!

UMWELTSCHUTZ

* Stärkere Schutzbestimmungen gegen gesundheitsschädliche Faktoren am Arbeitsplatz und Wohnort!

* Verstaatlichung der gesamten E-Wirtschaft! Konzentration auf alternative Energieerzeugung. Verbesserung der konventionellen Energieproduktion wie Einbau von Filteranlagen in allen kalorischen Kraftwerken.

* Sofortige Stilllegung aller AKWs in Ost und West!

Die kapitalistische Wirtschaft kann ihre eigenen Krisen nicht mehr überwinden! Daher werden wir die kapitalistische Wirtschaftsordnung überwinden!

SPENDET FÜR

VORWÄRTS

Spendenkonto
PSK 8812.733



Ich möchte

VORWÄRTS

unterstützen und bitte
um weitere Informationen ☐

Name

Anschrift

Ich möchte

VORWÄRTS abonnieren

5 Ausgaben zu 50,- ÖS ☐

10 Ausgaben zu 100,- ÖS ☐

ein VORWÄRTS-Förderabo ☐

zu ÖS ... beziehen

(ab 50,- ÖS) ☐

Auslandsabo(5 Ausgaben:80,-) ☐

Einsenden an:

VORWÄRTS c/o Andrea Koch, Grenzackerstraße 19/9/4, 1100 Wien